

Gutowski, Armin

**Article — Digitized Version**

## Verteilungskampf gefährdet den Aufschwung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Gutowski, Armin (1977) : Verteilungskampf gefährdet den Aufschwung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 2, pp. 70-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135039>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## LOHNPOLITIK

### Verteilungskampf gefährdet den Aufschwung

Armin Gutowski, Frankfurt

**Mit den ersten tarifvertraglichen Abschlüssen in der Metallindustrie von 6,9 % wurde die Lohnrunde '77 gestartet. Sie fällt in eine Zeit eines zögernden Aufschwungs bei über einer Million Arbeitslosen. Prof. Dr. Armin Gutowski, Mitglied des Sachverständigenrates, plädiert mit sieben lohnpolitischen Thesen<sup>1)</sup> dafür, in der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Situation keinen Verteilungskampf auf dem Felde der Nominallohnpolitik zu führen.**

1. Das Prinzip der Tarifautonomie ist in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht nur anerkannt, es gilt auch als wesentlicher Bestandteil dieser Ordnung. Seine Verwirklichung schließt die direkte Einmischung des Staates, die Festlegung von Lohnleitlinien, womöglich gar verbindlicher, aus. Vom Ausgang der Tarifverhandlungen sind aber alle wichtigen Ziele der Wirtschaftspolitik, nicht nur das Ziel einer gerechten Einkommensverteilung, sondern auch das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, das Ziel eines angemessenen Wachstums und das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts betroffen. Und die unmittelbaren wie die längerfristigen Schäden einer falschen Lohnpolitik in bezug auf diese Ziele müssen weitgehend von der Gesamtheit der Bevölkerung getragen werden. Daher ist es nicht nur legitim, sondern sogar unerlässlich, daß die Lohnpolitik — auch vor und während einer Lohnrunde — öffentlich erörtert wird und gerade jene dazu Stellung beziehen, die die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsablauf zu setzen und diesen Ablauf zu überwachen haben (wie die Bundesbank und die Bundesregierung), sowie jene, die über besondere Kenntnisse der Zusammenhänge verfügen.

#### 2.

Aus einer Situation der Vollbeschäftigung bei zufriedenstellendem Wachstum heraus kann eine

durchschnittliche Steigerung der Effektivlöhne, die dem Produktivitätszuwachs zuzüglich der als unvermeidlich zu erwartenden Preissteigerung entspricht, als Faustregel dafür gelten, daß dieses Gleichgewicht fortbesteht. Ist der Faktor Arbeit im Verhältnis zum Faktor Kapital knapp, wie das in den sechziger Jahren der Fall war, dann kann von den Arbeitnehmern auch etwas, in einer dem Ausland gegenüber offenen Wirtschaft allerdings nicht sehr viel mehr durchgesetzt werden.

Die daraus resultierenden Rationalisierungen, sprich Substitution von Arbeit durch Kapital, ziehen die Produktivität den Löhnen nach, ohne daß Arbeitslosigkeit entsteht, solange Arbeit relativ knapp bleibt. Ist der Faktor Arbeit jedoch reichlich vorhanden, und zwar nicht nur konjunkturell, so müssen die Lohnsteigerungen hinter dem Produktivitätszuwachs zuzüglich der unvermeidlichen Preissteigerungsrate zurückbleiben, damit sich der Anstieg der Kapitalintensität abschwächt und so bei gleicher oder zunehmender Investition das Mehr an Arbeitskräften Beschäftigung finden kann.

#### 3.

Gegenwärtig haben wir über eine Million Arbeitslose. Nur ein — nicht genau bestimmbarer — Teil davon ist konjunkturell bedingt. Der — möglicherweise große — Rest würde auch noch vorhanden sein, wenn eine Normalauslastung der Kapazitäten erreicht wäre. Der Grund hierfür ist, daß in den siebziger Jahren zu wenig investiert wurde. Dies hat seine Ursache sicher nicht allein, aber auch darin, daß zu hohe Lohnsteigerungen vereinbart worden waren. Wie komplex die Ursachen im einzelnen auch sein mögen — gewiß ist früheren Regierungen ein gerüttelt Maß an Verantwor-

---

*Prof. Dr. Armin Gutowski, 46, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Entwicklungs-länderforschung an der Universität Frankfurt und beratender Chef-Volkswirt der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt. Seit 1970 ist er Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.*

<sup>1)</sup> Die Thesen wurden dem Arbeitskreis 3 „Lohnpolitik — Verteilungskampf gefährdet den Aufschwung“ der Bayerischen Unternehmertage 1977 am 19. 1. 1977 in München vorgelegt.

tung hierfür zuzuweisen —, eines steht jedoch mit ziemlicher Sicherheit fest: Das Reallohnniveau ist zu hoch, als daß bei Lohnsteigerungen nach der oben genannten Faustregel wieder in absehbarer Zeit Vollbeschäftigung erreicht werden könnte. Erschwerend kommt hinzu, daß in den nächsten Jahren die Erwerbsbevölkerung kräftig zunehmen, das Arbeitskräfteangebot also reichlicher werden wird.

4.

Auf längere Sicht ist es nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, daß sich die Verteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der breiten Bevölkerungsschichten weiter verbessert. Gleichwohl ist es aus den genannten Gründen jetzt für die Gewerkschaften die denkbar schlechteste Zeit, zum Verteilungskampf auf dem Felde der Nominallohnpolitik zu blasen. Wenn die Gewerkschaften mehr Beschäftigung für morgen und Vollbeschäftigung für übermorgen vorrangig wollen, müssen sie die Pflöcke ihrer Lohnforderungen erst noch ein Stück zurückstecken und können dann versuchen, diese Stellung zu halten. Worauf es jetzt ankommt, sind Investitionen, und zwar auch solche Investitionen, die dauerhaft neue Arbeitsplätze schaffen. Dies ist nur möglich, wenn den Unternehmern die Gewinnaussichten mittelfristig ausreichend gut erscheinen. Auch Rationalisierungsinvestitionen sind gut für den konjunkturellen Aufschwung, da sie einen Teil der durch das zu hohe Reallohniveau gefährdeten Arbeitsplätze wieder sichern und zudem für Beschäftigung in den Investitionsgüterindustrien sorgen. Doch auch sie werden nur vorgenommen und ziehen schließlich Erweiterungsinvestitionen nach sich, wenn für die Unternehmer eine ausreichende Chance besteht, durch Rationalisierung den Wettlauf gegen den Lohnkostenanstieg zu gewinnen. Bedacht muß aber auch werden: Je stärker die Löhne auf Rationalisierung drängen, desto kapitalintensiver wird die Produktion und desto mehr Investitionen werden benötigt, bis Vollbeschäftigung wieder erreicht ist. Das kann unter Umständen recht lange dauern.

5.

Geradezu verhängnisvoll wäre es, setzte sich die Überzeugung durch, hohe Lohnsteigerungsraten wären mit der zusätzlichen Kaufkraft der zusätzlichen Löhne zu rechtfertigen. Gewiß bedeuten höhere Löhne nicht nur höhere Kosten, sondern auch zusätzliche Nachfrage. Zu bedenken ist zunächst, daß vom zusätzlichen Lohn nur ein Teil wieder unmittelbar in den Kassen der Unternehmen klingelt; ein Teil geht an den Staat, ein Teil an die Sozialversicherung, ein Teil wird gespart und führt so nicht selbstverständlich zu neuer Nachfrage. Aber die gesamten zusätzlichen Lohnaus-

gaben sind Kosten der Unternehmen. Lohnsteigerungen, die die Gewinnaussichten mindern, würden die Investitionsbereitschaft dämpfen; die Beschäftigung ginge zurück und damit auch die Gesamtnachfrage. Allerdings kann man den Lohnanstieg nicht beliebig gering halten, da es sonst tatsächlich an Konsumgüternachfrage fehlte und der Anstieg des Preisniveaus sich nicht schnell genug abschwächte, um dies aufzufangen.

6.

Irrig wäre es auch, sich von einer laxeren Geldpolitik viel zu versprechen. Nach den Inflationserfahrungen der Vergangenheit würde allzu rasch eine neue Inflationsgefahr erkannt werden, so daß die Preise den Kosten, und hier insbesondere den Löhnen, nicht davonlaufen könnten. Mit einer sich wieder beschleunigenden Inflation würde nicht mehr Wachstum und Beschäftigung erkaufte werden; vielmehr käme das Inflationsproblem zu dem der Arbeitslosigkeit und dem des unzureichenden Wachstums hinzu. Eine weiterhin konsequente Geldpolitik erspart uns zumindest die Sorge um eine zunehmende Verschlechterung des Geldwerts; sie hilft zudem, die realwirtschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, und zwingt dazu, nach realistischen Lösungen zu suchen.

7.

Auch in der jetzigen ungünstigen Situation sind die Gewerkschaften nicht zum totalen Verzicht verdammt. Eine Verbesserung der Verteilung bei Aufschwung und Wachstum können sie freilich nicht auf dem Feld der Nominalpolitik erstreiten. Sie können sich jedoch dafür einsetzen, daß der Staat sich stärker am Verlustrisiko neuer Investitionen beteiligt und damit Investitionen attraktiver macht, daß die Bedingungen für das Auffinden neuer Produkte und Produktionsverfahren verbessert werden und daß mehr für die Erhöhung der Qualität und der Mobilität der Arbeitskräfte getan wird, die deren Produktivität und deren Marktwert erhöhen. Vor allem aber können sie dafür sorgen, daß die Arbeitnehmer an den Gewinnen partizipieren, indem sie in Tarifverträgen einen Teil ihrer Forderungen nicht als fest kontrahierten Lohn beanspruchen, sondern von der Höhe des in der Branche erzielten Gewinns abhängig machen. Wenn sie bereit sind, über den fundamentalen Satz der Marktwirtschaft nachzudenken, daß jeder, der sich am Risiko der Produktion für den Markt beteiligt, auch Anspruch auf einen Teil dessen hat, was nach Abzug aller fest vereinbarten Kosten übrigbleibt, werden sie erkennen, daß hier der Schlüssel für eine günstigere Verteilung liegt und daß sie als Gruppe diese Chance nutzen können, ohne daß dem einzelnen Arbeitnehmer ein ins Gewicht fallendes Risiko zugemutet wird.